

13.04.2024

DR. HUBERTUS KNABE

Unterwanderte Wissenschaft

Die Bearbeitung der DDR- und Osteuropaforschung durch das MfS

Die Aufarbeitung konspirativer Einflussnahmen des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) auf die westdeutsche Gesellschaft gehört zu den zeithistorischen Forschungsaufgaben, die nach dem Ende der SED-Herrschaft eher schleppend in Angriff genommen wurden. Dies gilt nicht nur für den im engeren Sinne politischen Raum, sondern auch für einen Bereich, der die mit der DDR befassten Wissenschaftler direkt betrifft: die DDR- und Osteuropaforschung. Dabei versteht es sich von selbst, dass das MfS den westdeutschen Wissenschaftlern, die sich vor 1989 mit der DDR befassten, große Aufmerksamkeit schenkte. Dass dem Thema dennoch so wenig Aufmerksamkeit geschenkt wurde, dürfte nicht nur an der ausgedünnten Quellenüberlieferung liegen, sondern auch an einer gewissen Scheu, sich der Vergangenheit der eigenen Zunft zuzuwenden. Im Folgenden soll deshalb die nachrichtendienstliche Bearbeitung der westdeutschen DDR- und Osteuropaforschung durch das MfS näher dargestellt werden.

In: Deutschland Archiv. Zeitschrift für Fragen der DDR und der Deutschlandpolitik, Nr. 6/1999, S. 926-941.

Ungleichbehandlung anderer Versorgungsberechtigter, etwa der Kriegsoffer oder der Opfer von Gewalttaten. Zudem erscheint fraglich, ob die Haftumstände der DDR mit denen der Konzentrationslager in der Nazidiktatur verglichen werden können.

Wie aufgezeigt wurde, hängen die Probleme im Zusammenhang mit der Anerkennung psychischer Haftschäden auch weniger mit den rechtlichen Vorgaben der jeweiligen Entschädigungstatbestände, sondern vielmehr mit ihrer praktischen Umsetzung zusammen. In der Regel wird eine ablehnende Entscheidung damit begründet, daß sich der Ursachenzusammenhang zwischen der erlittenen Haft und dem psychischen Gesundheitsschaden nicht mit der erforderlichen Wahrscheinlichkeit feststellen läßt. Die Gründe hierfür liegen in der geringeren Objektivierbarkeit psychischer Gesundheitsschäden gegenüber somatischen Beschwerden, den hiermit verbundenen Abgrenzungsschwie-

rigkeiten der haftbedingten psychischen Schäden zu haftunabhängigen Störungen sowie der möglicherweise sehr langen Latenzzeit zwischen der Haft und dem Auftreten von Krankheitssymptomen. Diesen Besonderheiten kann am ehesten dadurch entsprochen werden, daß mit den Ermittlungen nur speziell geschulte Gutachter betraut werden, die die erforderlichen Kenntnisse auf dem Gebiet der Haftentschädigung erwiesenermaßen besitzen. Eine bindende, gesetzlich geregelte »Pflicht zur qualifizierten Begutachtung« würde am ehesten der Bedeutung einer fachkundigen Begutachtung für das Entschädigungsverfahren Rechnung tragen. Des weiteren wäre eine genauere Beschreibung der Anerkennungsvoraussetzungen psychischer Haftschäden, insbesondere der PTSD, in Nr. 71 und 139 der AhP 96 wünschenswert, um auch dem Juristen Anhaltspunkte an die Hand zu geben, ein nicht eindeutiges medizinisches Ermittlungsergebnis zutreffend zu beurteilen.

Unterwanderte Wissenschaft

Die Bearbeitung der DDR- und Osteuropaforschung durch das MfS

Hubertus Knabe, Berlin

Die Aufarbeitung konspirativer Einflußnahmen des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) auf die westdeutsche Gesellschaft gehört zu den zeithistorischen Forschungsaufgaben, die nach dem Ende der SED-Herrschaft eher schleppend in Angriff genommen wurden. Dies gilt nicht nur für den engeren Sinne politischen Raum – für Parteien, Gewerkschaften oder Protestbewegungen –, sondern auch für einen Bereich, der die mit der DDR befaßten Wissenschaftler direkt betrifft: die DDR- und Osteuropaforschung. Außer dem emeritierten Berliner Juraprofessor Siegfried Mampel hat sich praktisch bislang niemand um eine systematische Untersuchung dieses auch für das Selbstverständnis der Forschung nicht unbedeutenden Themenfeldes gekümmert.¹

Dabei versteht es sich von selbst, daß das MfS den westdeutschen Wissenschaftlern, die sich vor 1989 mit der DDR befaßten, große Aufmerksamkeit schenkte. Die seit 1992 zugänglichen Akten des MfS bestätigen, daß der geheim-

dienstlichen Durchdringung der DDR- und Osteuropaforschung hohe Priorität zuerkannt wurde. Auch bei persönlichen Akteneinsichten haben Forscher inzwischen vielfach feststellen müssen, daß das MfS sie zum Teil über Jahre hinweg nachrichtendienstlich »bearbeitet« hat. Daß dem Thema dennoch so wenig Aufmerksamkeit geschenkt wurde, dürfte nicht nur an der ausgedünnten Quellenüberlieferung liegen, sondern auch an einer gewissen Scheu, sich der Vergangenheit der eigenen Zunft zuzuwenden. Neben menschlichen Enttäuschungen kommen dabei notgedrungen auch politische Blickverengungen und Irrtümer zu Tage, mit denen sich die

1 Siegfried Mampel: »Die DDR- und vergleichende Deutschlandforschung in der Sicht des Ministeriums für Staatssicherheit«, DA 1/1996, S. 34–48; ders., Das Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR als Ideologiepolizei. Zur Bedeutung einer Heilslehre als Mittel zum Griff auf das Bewußtsein für das Totalitarismusmodell (Schriftenreihe der Gesellschaft für Deutschlandforschung, Bd. 50), Berlin 1996.

Forschung bislang nur punktuell auseinandergesetzt hat.²

Im Folgenden soll deshalb die nachrichtendienstliche Bearbeitung der westdeutschen DDR- und Osteuropaforschung durch das MfS näher dargestellt werden. Die Ausführungen stützen sich auf eine umfangreichere Analyse des Autors von Einflußnahmen des MfS auf die alte Bundesrepublik, innerhalb derer die Infiltration der Forschung nur einen Teilaspekt darstellt.³ Erschwert wird die Untersuchung dadurch, daß der Aktenbestand der in erster Linie verantwortlichen Hauptverwaltung A (HVA) des MfS weitgehend vernichtet wurde. Die vom MfS geführten Objektakten zu den einschlägigen Forschungseinrichtungen können dadurch im Regelfall ebensowenig herangezogen werden wie die personenbezogenen Aktenvorgänge zu Forschern und anderen Institutsangehörigen. Zu namhaften Wissenschaftlern existieren nicht einmal (mehr) Karteikarten, selbst wenn aus anderen Zusammenhängen hervorgeht, daß das MfS ihnen große Aufmerksamkeit widmete. Allerdings geben auch die übriggebliebenen Unterlagen, insbesondere der Hochschule des MfS und der für die innere Überwachung zuständigen Dienstseinheiten, sowie die Erkenntnisse aus verschiedenen Spionageprozessen ein relativ dichtes Bild über Einschätzungen, Ziele und Vorgehensweisen der Staatssicherheit gegenüber der westdeutschen DDR- und Osteuropaforschung.

Einschätzung der Forschung

Die wissenschaftliche Beschäftigung mit den sozialistischen Staaten Ost- und Mitteleuropas wurde vom MfS äußerst negativ betrachtet. Die sogenannte Ostforschung war dem »Wörterbuch der Staatssicherheit« von 1985 zufolge »ein gegen die sozialistische Staatengemeinschaft und die wachsende Ausstrahlungskraft des realen Sozialismus auf die Bevölkerung der imperialistischen Staaten gerichtetes Mittel der aggressiven, konterrevolutionären Politik des Imperialismus zur Analyse sich im realen Sozialismus vollziehender Entwicklungen, zur Ausarbeitung von gegen die sozialistischen Staaten gerichteten konterrevolutionären Konzeptionen und antikommunistischen Leitbilder zur Manipulierung der Bevölkerung der imperialisti-

schen Staaten«. Die Forschung galt als ein wichtiges Element im »System der Feindtätigkeit«, eng verknüpft mit der Spionagetätigkeit westlicher Geheimdienste und einer Vielzahl weiterer »feindlicher« Organisationen.⁴

Diese Einordnung der DDR- und Osteuropaforschung durch das MfS, die die Begründung für deren aufwendige nachrichtendienstliche Ausforschung und Bekämpfung bildete, blieb im Verlauf von vier Jahrzehnten weitgehend unverändert. In den fünfziger Jahren, als die wissenschaftliche Erkenntnisbildung über die DDR noch überwiegend von Flüchtlingen getragen wurde und die Forschung angesichts der Hoffnungen auf ein baldiges Ende der deutschen Teilung auch einem politisch-pragmatischen Auftrag folgte, wurden die im Westen lebenden DDR-Experten vom MfS in umfangreichen Vorgängen als »Feindpersonen« verfolgt. Insbesondere die Ostbüros der Parteien und der Untersuchungsausschuß freiheitlicher Juristen wurden im unmittelbaren Sinne als »Agentenzentralen« betrachtet, nachrichtendienstlich infiltriert und mit brutalen Mitteln verfolgt.⁵ Um die ins Visier Genommenen »unschädlich« zu machen, griff der Staatssicherheitsdienst unter anderem zum Mittel der Entführung, um sie

2 Vgl. Jens Hacker, *Deutsche Irrtümer. Schönfärber und Helfershelfer der SED-Diktatur im Westen*, Berlin 1992 (4. Auflage); Klaus Schroeder / Jochen Staadt, *Der diskrete Charme des Status quo. DDR-Forschung in der Ära der Entspannungspolitik* (Arbeitspapier 2/92 des Forschungverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin), Berlin 1992.

3 Vgl. Hubertus Knabe, *Die unterwanderte Republik. Stasi im Westen*, Berlin 1999.

4 »Ostforschung«, in: Siegfried Suckut (Hrsg.), *Das Wörterbuch der Staatssicherheit. Definitionen zur »politisch-operativen Arbeit«*, Berlin 1996, S. 284 ff.

5 Vgl. Wolfgang Buschfort, *Das Ostbüro der SPD: Von der Gründung bis zur Berlin-Krise*, München 1991 (Schriftenreihe Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Bd. 63); ders., *Die Ostbüros der Parteien in den 50er Jahren* (Schriftenreihe des Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Bd. 7), Berlin 1998; Wolfgang Schollwer, »Die DDR-Staatssicherheit und das Ostbüro der FDP«, *DA* 1/1996, S. 100-106; Siegfried Mampel, *Der Untergrundkampf des Ministeriums für Staatssicherheit gegen den Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen in Berlin (West)* (Schriftenreihe des Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Bd. 1), Berlin 1994; ders.: »Organisierte Kriminalität der Stasi in Berlin (West). Die Machenschaften des Ministeriums für Staatssicherheit gegen den Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen«, *DA* 9/1994, S. 907-926.

dann im eigenen Machtbereich als »Agenten« abzuurteilen – beispielsweise im Fall des Berliner Rechtsanwaltes Walter Linse oder des Journalisten Karl Wilhelm Fricke.⁶ Andere Entführungspläne, etwa gegen die Publizistin und Autorin im »SBZ-Archiv« Carola Stern, scheiterten nur an Zufällen.⁷

Der 1952 gegründete Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands beim Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen galt ebenfalls als ein hochgefährliches »Objekt«, weil er damit beauftragt war, die DDR-Wirtschaft zuverlässig zu bilanzieren und auf dieser Basis ein wirtschaftspolitisches Sofortprogramm für den Tag der Wiedervereinigung zu erstellen.⁸ Aber auch übergreifende, rein wissenschaftliche Einrichtungen wie das Institut für politische Wissenschaft im Westteil Berlins wurden vom MfS systematisch ausspioniert, weil man dort amerikanische Agenten vermutete. Im Gruppenvorgang »Unkraut« wurden unter anderem der Direktor des Institutes, Otto Stammer, und dessen Mitarbeiter Ernst Richert ausgeforscht, wobei in erster Linie ein Freund Richerts zum Einsatz kam: der ostdeutsche Berufsschullehrer Wolfgang Dähnhardt, der als Geheimer Mitarbeiter (GM) »Lenz« für das MfS tätig war. Über Richert, einem Nestor der DDR-Forschung, heißt es in einem Bericht aus dem Jahr 1958, daß dieser »in der nächsten Zeit inhaftiert werden soll«.⁹

Auch nach dem Mauerbau, als die Wissenschaftler kaum noch Möglichkeiten für direkte Kontakte in die DDR besaßen und der bis dahin dominierende Totalitarismusansatz in der Forschung zunehmend auf Kritik stieß, setzte das MfS seine Infiltrierungsanstrengungen fort. Der Forschungsbeirat, der angesichts der machtpolitischen Realitäten inzwischen auf die Ausarbeitung konkreter Maßnahmeempfehlungen für den »Tag X« weitgehend verzichtete, wurde ebenso intensiv durch eingeschleuste Agenten »aufgeklärt« wie das in Otto-Suhr-Institut umbenannte politikwissenschaftliche Institut an der Freien Universität Berlin.

Paradoxerweise führten die sozialliberale Ostpolitik und der damit verbundene Paradigmenwechsel von der antitotalitär ausgerichteten Deutschlandforschung zur »wertfreien« oder »systemimmanenten« DDR-Forschung beim MfS nicht zu einem entspannteren Verhältnis

gegenüber den westdeutschen Wissenschaftlern. Während bis dahin die Anstrengungen des MfS damit begründet wurden, daß die Forschung nur eine verkappte Agententätigkeit darstelle, wurde sie nun sogar in einem umfassenderen Sinne als »Feindtätigkeit« angesehen: als zentral gesteuerter Versuch, die DDR und das gesamte sozialistische Lager ideologisch zu zersetzen. Ausgehend von entsprechenden Vorgaben des KGB entwickelte das MfS dazu die Theorie der politisch-ideologischen Diversion (PID), derzufolge die westlichen Staaten den Sozialismus nicht länger frontal, sondern über den Umweg einer inneren »Aufweichung« bekämpfen wollten. Für das MfS war diese Diversion »der bewußte, planmäßige und differenzierte Kampf imperialistischer Kräfte und Einrichtungen, die unter Einsatz eines Komplexes von subversiven Mitteln vorwiegend getarnt und verdeckt gegen die Theorie und Praxis des Sozialismus mit dem Ziel ankämpfen, in einem mehrstufigen Prozeß die ideologische Substanz und die politischen Grundlagen der sozialistischen Gesellschaft von innen heraus zu zersetzen, im Innern der sozialistischen Länder den Widerstand gegen die führende Rolle der kommunistischen Parteien und des sozialistischen Staates zu organisieren und über die »Sozialdemokratisierung« und »Liberalisierung« der sozialistischen Gesellschaft den Prozeß der Restauration der imperialistischen Verhältnisse in Gang zu setzen«¹⁰.

6 Siegfried Mampel, Entführungsfall Dr. Walter Linse – Menschenraub und Justizmord als Mittel des Staatsterrors (Schriftenreihe des Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Bd. 10), Berlin 1999; Karl Wilhelm Fricke: »Postkriptum zum Fall Walter Linse«, DA 6/1996, S. 917–919; ders., Akten-Einsicht. Rekonstruktion einer politischen Verfolgung, Berlin 1996.

7 Karl Wilhelm Fricke / Roger Engelmann, »Konzentrierte Schläge«. Staatssicherheitsaktionen und politische Prozesse in der DDR 1953 bis 1956, Berlin 1998; S. 54.

8 Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands beim Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen: Erster Tätigkeitsbericht 1952/53 (Auszug), Bonn 1954, S. 7 und 10. Vgl. Bernd Adolph: »Die Anfänge des Forschungsbeirates für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands«, DA 10/1995, S. 1048–1064; J. Hacker (Anm.2), S. 413 ff.

9 HA II/4a/c: Betr.: GM »Lenz«, Reg.-Nr. 352/55; BStU, ZA, AIM 1770/65, Bd.1, Bl. 130.

10 Oberstleutnant Dr. Helmut Eck (JHS) / Oberst Professor Dr. Tregubenkow (Hochschule des KGB), Die psychologische Kriegführung und politisch-ideologische Diversi-

Vor diesem Hintergrund wuchs ab Ende der sechziger Jahre die Bedeutung des nachrichtendienstlichen Kampfes gegen die DDR- und Osteuropaforschung weiter an. Im März 1968 schlug der Leiter der HVA, Markus Wolf, auf einer Kollegiumssitzung vor, im MfS eine Abstimmung herbeizuführen, »um eine noch systematischere Bearbeitung der Einrichtungen und Kräfte zu erreichen, die als Initiatoren bzw. Träger der politisch-ideologischen Diversion gegenüber der DDR wirken«¹¹. Hauptverantwortlich dafür wurde die HVA.¹² Im März 1971 wurden auch die anderen Dienstseinheiten auf die neuen Aufgaben eingeschoren: Auf einem sogenannten Führungsseminar erklärte der Minister für Staatssicherheit, Erich Mielke, mit der Forschung solle die Bundesregierung in die Lage versetzt werden, in ihrem Vorgehen gegen die DDR zielgerichteter und effektiver zu operieren. Die Wissenschaftler wollten »Meinungsverschiedenheiten« innerhalb der DDR-Führung sowie zwischen Führung und Bevölkerung »aufdecken« und »nutzbar machen« und verfolgten das Ziel, »mit Hilfe der Wissenschaften in das System der DDR einzusteigen«. Seine Schlußfolgerung: »Entsprechend der Rolle und Bedeutung der sogen. Ost- und DDR-Forschung für das Vorgehen des Gegners erhöht sich für uns die Notwendigkeit, die von solchen Institutionen entwickelten Vorstellungen, Varianten, Vorschläge usw. gründlich aufzuklären, zu erfassen und zu analysieren.«¹³

Um die nachrichtendienstliche Bearbeitung der DDR- und Osteuropaforschung zu intensivieren, wurde 1971 eine »zentralere und verbindlichere« Regelung der damit zusammenhängenden Fragen vorgeschlagen, insbesondere zur Verbesserung des Informationsflusses im MfS.¹⁴ Im selben Jahr erteilte Wolf die Anweisung, die »Aufklärung und Bekämpfung der an den Universitäten und Hochschulen wirkenden Kräfte beziehungsweise Institutionen der politisch-ideologischen Diversion, insbesondere auf dem Gebiet der sogenannten DDR- und Ostforschung« zu verstärken.¹⁵ In Zusammenarbeit mit dem KGB wurde eine 500 Seiten starke Forschungsarbeit in Angriff genommen über »Die Anforderungen an die Bekämpfung der politisch-ideologischen Diversion durch die Dienstseinheiten des MfS im Zusammenwirken mit anderen Staatsorganen und gesellschaftli-

chen Organisationen«.¹⁶ 1973 erließ Wolf eine weitere Dienstanweisung, in der er die Ausforschung aller westdeutschen Einrichtungen befahl, die sich intensiver mit der DDR und Osteuropa beschäftigten.¹⁷ Ein Jahr später wurde von der Juristischen Hochschule eine umfangreiche Untersuchung über die »Bekämpfung der imperialistischen Ost- und DDR-Forschung und ihrer Einrichtungen in der BRD« fertiggestellt.¹⁸ Das Phantom der »politisch-ideologischen Diversion« beherrschte das MfS bis zum Ende seiner Tage. Obwohl Kontakte zur DDR- und Osteuropaforschung in der Bundesrepublik in den achtziger Jahren nicht mehr grundsätzlich abgelehnt wurden und die SED zunehmend zwischen den verschiedenen Strömungen und Personen in der Forschung differenzierte¹⁹, zeichnete das MfS die Gefahren der PID ange-

on des westdeutschen Imperialismus gegen das sozialistische Lager, insbesondere gegen die DDR. Die Anforderungen an die Bekämpfung der politisch-ideologischen Diversion durch die Dienstseinheiten des MfS im Zusammenwirken mit anderen Staatsorganen und gesellschaftlichen Organisationen; BStU, ZA, JHS 21808. Zit. nach S. Mampel, Ideologiepolizei (Anm. 1), S. 40.

11 Protokoll der Kollegiumssitzung vom 25. 3. 1968; BStU, ZA, SdM 1902, Bl. 25.

12 Protokoll der Kollegiumssitzung vom 16. 7. 1968; BStU, ZA, SdM 1563, Bl. 211.

13 Referat des Genossen Minister auf dem zentralen Führungsseminar am 3. 3. 1971; BStU, ZA DSt 102212, Bd. 3, S. 190 ff.

14 Major Primus Stern, Der Mechanismus des Zusammenwirkens der Führungsorgane und der operativen Organe der politisch-ideologischen Diversion mit den Organen der Forschung. Die Umsetzung und Verwendung der Ergebnisse der DDR-Forschung für die politisch-ideologische Diversion gegen die Deutsche Demokratische Republik, Potsdam 1971, S. 62 ff.; JHS MF VVS 160-234/71.

15 Dienstanweisung 5/71 des Stellvertreters des Ministers über die systematische operative Bearbeitung der Universitäten und Hochschulen im Operationsgebiet – Bearbeitung von Universitäten und Hochschulen – (Fassung vom 1. 8. 1974); BStU, ASt Berlin, XV 11, S. 1.

16 Eck / Tregubenkow (Anm. 10).

17 Dienstanweisung 3/73 des Leiters der HVA (bislang nicht aufgefunden); zitiert nach: HVA, Abt. VII: Schwerpunktaufgaben zur Informationsbeschaffung für das Jahr 1976 vom 30. 12. 1975; BStU, ZA, HA XX/AKG 1641, Bl. 37–76, hier: 49.

18 Major Erwin Dietrich / Hauptmann Hans-Peter Wagner: Die Bekämpfung der imperialistischen Ost- und DDR-Forschung und ihrer Einrichtungen in der BRD; BStU, ZA, JHS 21835 (1. Hauptteil) und JHS 21836 (2. Hauptteil).

19 Vgl. Entwicklungstendenzen der zeitgeschichtlichen DDR-Forschung in der BRD und anderen imperialistischen Ländern seit Anfang der 80er Jahre. Thematische Information und Dokumentation, Reihe B, Heft 71, hrsg. von der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Berlin 1988.

sichts der ideologischen Erosionserscheinungen im Innern der DDR in schwärzesten Farben. In einer Diplomarbeit aus dem Jahr 1985 schrieb der Mitarbeiter der Aufklärungsabteilung in der Berliner Bezirksverwaltung, Bernd Grohmann, daß es den DDR- und Osteuropaforschern in erster Linie darum gehe, »unter dem Deckmantel einer ›wissenschaftlichen Forschung‹ (. . .) Doktrin und Konzeptionen, Argumente und Fakten für den antikommunistischen Kampf gegen den sich entwickelnden Sozialismus zu liefern«. Mit seiner Arbeit wollte er aufzeigen, »daß die ›Forschungseinrichtungen koordiniert, abgestimmt und komplex von staatlichen Führungsorganen eingesetzt, gelenkt und geführt werden, ein enges Wechselspiel mit den imperialistischen Geheimdiensten sowie mit anderen feindlichen Einrichtungen und Kräften stattfindet und daß die Ergebnisse der Tätigkeit der ›Forschungseinrichtungen unmittelbar Bestandteil praktischer Regierungspolitik sind«²⁰. Und in einem 1988 fertiggestellten »Lehrbuch« für die Offiziersausbildung, das sich ausschließlich der PID widmete, hieß es, daß sich die Einrichtungen der DDR-Forschung in der Bundesrepublik »im Prinzip« über den Beitrag der Forschung »zur konterrevolutionären Beseitigung der sozialistischen Machtverhältnisse in der DDR einig« seien. Unterschiedliche Meinungen bestünden zwar zur Art und Weise und den Mitteln und Methoden zur Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR, doch »einigendes Band aller Einrichtungen« sei der Antikommunismus.²¹

In ähnlicher Weise schilderte Ende der achtziger Jahre auch die für die »Sicherung« der DDR-Wirtschaft zuständige Hauptabteilung XVIII, die unter anderem das Institut für Gesellschaft und Wissenschaft (IGW) in Erlangen und das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin ausforschte, die »Gefahren« der DDR- und Osteuropaforschung. Danach versuchten die westdeutschen Forscher gegenüber Wissenschaftlern aus der DDR deutlich zu machen, daß die marxistisch-leninistische Weltanschauung versagt habe und die politische Ökonomie des Sozialismus nicht in der Lage sei, Wirtschaftswachstum durch wissenschaftlich-technischen Fortschritt auf Dauer zu gewährleisten.²² Während die Bundesregierung sowie CDU und CSU die DDR systematisch

destabilisieren und »sturmreif« machen wollten, wolle die SPD den inneren Veränderungsdruck auf dem Wege der »Sozialdemokratisierung« verstärken – beide Konzepte stützten sich dabei maßgeblich auf die DDR- und Ostforscher. Die »vorliegenden agenturisch gesicherten Erkenntnisse« des MfS hoben den »Arbeitskreis ehemaliger DDR-Akademiker« und das IGW »beim Angriff gegen Wissenschaft und Technik als besonders gefährlich hervor«. Das MfS müsse sich darauf einstellen, daß Gedanken der Sozialdemokratisierung, »Neuvereineigungskonzepte« sowie die Hinwendung zur DDR-Opposition zunehmen würden.²³

20 Hauptmann Bernd Grohmann (BV Berlin, Abt. XV): Aktivitäten und Tendenzen der Westberliner »Ost- und DDR-Forschung« unter den Bedingungen des Übergangs der aggressiven imperialistischen Kreise zur Hochrüstungs- und Konfrontationspolitik« (Diplomarbeit), S. 4 f.; BStU, ZA, JHS 20326. Die Arbeit enthält im Anhang Kurzdossiers über sechs Einrichtungen und neun Wissenschaftler aus dem Bereich der DDR- und Osteuropaforschung. Ausführlich behandelt werden das Aspen-Institut, die Gesellschaft für Deutschlandforschung, die Historische Kommission zu Berlin, die Evangelische Akademie, das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung, das Osteuropa-Institut und der Arbeitsbereich DDR-Forschung an der Freien Universität sowie die seinerzeit geplante Akademie der Wissenschaften zu Berlin.

21 Hochschule des MfS: Entwurf Lehrbuch »Die politisch-ideologische Diversion gegen die DDR«, vorgelegt von Oberstleutnant Fischer (Themenleiter), Oberstleutnant Andruschow, Oberstleutnant Herrmann, Oberstleutnant Philipp, Major Köhler, Hauptmann Pitsch und Hauptmann Rotbauer, Potsdam 1987, S. 109; BStU, ZA, MfS JHS 21992. Themenleiter Fischer wurde nach der »Wende« stellvertretender Vorsitzender des Arbeitslosenverbandes Brandenburg. Aufmerksam wurde die Öffentlichkeit darauf erst, nachdem der Lehrstuhlleiter für »politisch-ideologische Diversion« und »politische Untergrundtätigkeit« im September 1999 von UNO-Generalsekretär Kofi Annan eine Auszeichnung erhalten hatte und anschließend von Brandenburgs Ministerpräsident Manfred Stolpe empfangen worden war. Vgl. Der Tagesspiegel vom 27. 10. 1999.

22 HA XVIII: Information zu aktuellen politisch-operativen Erkenntnissen bei der Aufklärung, Bekämpfung und Verhinderung des Vorgehens von Einrichtungen und Vertretern der imperialistischen »Ost- und DDR-Forschung« gegen Schwerpunktbereiche von Wissenschaft und Technik vom 11. 11. 1988; BStU, ZA, HA XVIII 7375.

23 HA XVIII: Information über aktuelle politisch-operative Erkenntnisse und Ergebnisse bei der Aufklärung und Bekämpfung der Angriffe, Mittel und Methoden von Einrichtungen der imperialistischen »DDR- und Ostforschung« bei dem Angriff gegen Bereiche und Zielgruppen von Wissenschaft und Technik vom 18. 10. 1989; BStU, ZA, HA XVIII 563. Vgl. auch die handschriftliche Arbeit des Offizierschülers Ralf Goldammer, Zur Einschätzung der Lage in der DDR im Sommer 1989 durch die DDR-Forschung und die daraus abgeleiteten ideologischen Angriffe gegen die DDR; BStU, ZA, JHS 21614.

Diese Einschätzung der Forschung schlug sich bis zuletzt in intensiven nachrichtendienstlichen Aktivitäten nieder. Nicht nur die HVA und die Hauptabteilung XVIII, sondern auch die anderen Dienstseinheiten des MfS beschafften dazu laufend Erkenntnisse. Im Januar 1988 ordnete Wolfs Nachfolger Werner Großmann im Zusammenhang mit den Verhaftungen prominenter Bürgerrechtler an, daß »die verstärkten Angriffe des Feindes auf ideologischem Gebiet (...) mit Nachdruck aufzuklären« und den in den »Objekten der PID« tätigen IM entsprechende Aufgabenstellungen der Informationsbeschaffung über »aktuelle Schwerpunkte und Vorhaben der Ost-, Kommunismus- und DDR-Forschungseinrichtungen« zu übertragen seien.²⁴ Selbst in der Planaufgabe der HVA für 1990 wird noch die »Erarbeitung von Hinweisen auf operativ interessante Personen des Operationsgebietes« aus dem Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (BIOst) in Köln, aus dem Bundesinstitut für ostdeutsche Kultur und Geschichte in Oldenburg sowie aus »Ostforschungseinrichtungen« im Raum München verlangt.²⁵

Vorgehensweisen

Den dienstlichen Bestimmungen des MfS zufolge war die »Aufklärung der Pläne, Absichten und Maßnahmen der Ost- und DDR-Forschung« und ihrer Führungsorgane, deren Behinderung, Einschränkung und offensive Bearbeitung« in erster Linie Aufgabe der HVA.²⁶ Nach einer Aufstellung von 1985 lagen insgesamt 44 westliche Forschungs- und Bildungseinrichtungen als »feindliche Stellen« im Visier der Staatssicherheit. In zwölf von ihnen sollte die für den zentralen Staatsapparat der Bundesrepublik zuständige HVA-Abteilung I eindringen, darunter das BIOst, die Forschungsstelle für gesamtdeutsche wirtschaftliche und soziale Fragen in Berlin und die Stiftung Wissenschaft und Politik in Ebenhausen. Die für die Ausforschung von Parteien und Verbänden in der Bundesrepublik verantwortliche HVA-Abteilung II bearbeitete neun Einrichtungen, darunter das Gesamtdeutsche Institut – Bundesanstalt für gesamtdeutsche Aufgaben in Bonn (BfgA), das Osteuropa-Institut in München und das IGW.²⁷ Für eine Reihe von »Objekten«, darunter das

IGW, das DIW und die Abteilung IV des Gesamtdeutschen Institutes in Berlin, zeichneten außerdem noch Dienstseinheiten der sogenannten Abwehr verantwortlich. Eine Reihe wichtiger Inoffizieller Mitarbeiter (IM) wurde zudem von MfS-Abteilungen geführt, die überhaupt keine Zuständigkeit in diesem Bereich besaßen. Die Bearbeitung der Institute erfolgte in sogenannten Objektvorgängen, in denen alle relevanten Informationen zusammengeführt und regelmäßig Konzeptionen zum weiteren Vorgehen entwickelt wurden. Einzelne Institutionen wie die Gesellschaft für Deutschlandforschung und das Kuratorium Unteilbares Deutschland wurden in »Feindobjektvorgängen« bekämpft.²⁸ Ihre Erkenntnisse über die Forschungseinrichtungen faßte die HVA laufend in sogenannten Operativauskünften zusammen, die anderen Dienstseinheiten des MfS für ihre geheimdienstlichen Aktionen zur Verfügung gestellt wurden.²⁹ Zu mehreren Instituten entstanden an der Juristischen Hochschule des MfS ganze Forschungsarbeiten.³⁰ Die Aufträge und

24 Leiter der HVA: Schreiben an den Leiter der Abt. XV der BV Leipzig vom 22. 1. 1988. HVA: Informationsschwerpunkte zur politisch-ideologischen Diversion (PID) gegen die DDR und die anderen sozialistischen Staaten, 25. 1. 1988; Matthias-Domaschk-Archiv (MDA), Hefter BV Lpz. HVA.

25 Stellvertreter des Ministers: Planaufgabe 1990 vom 10. 10. 1989; BStU, ASt Gera, BV Gera Abt. XV 0142, Bl. 56 f.

26 Dietrich / Wagner (Anm. 18), 1. Hauptteil, Bl. 9.

27 Schreiben des Ministers vom 15. 2. 1985, Anlage 1, dokumentiert in: Peter Siebenmorgen, »Staatssicherheit« der DDR. Der Westen im Fadenkreuz der Stasi, Bonn 1993, S. 367–391.

28 Abt. XII, Leiter: Schreiben an den stellvertretenden Leiter der ZAIG vom 10. 2. 1983, Anlage 1; BStU, Abt. Bildung und Forschung, Information und Dokumentation, Dokument 27.

29 Vgl. HVA, Bereich K: Operativauskunft zum IGW vom März 1987; BStU, ZA, HA XVIII 2053.

30 Hauptmann Günter Schmook: Zur Rolle des Bundesinstitutes für Ostwissenschaften und internationale Studien in Köln in der Auseinandersetzung mit der sozialistischen Staatengemeinschaft; BStU, ZA, JHS 282/82; Oberleutnant Hartmut Schmidt: Funktion, Arbeitsweise und Aktivitäten des Gesamtdeutschen Instituts im Rahmen der Politik des BRD-Imperialismus gegenüber der DDR, insbesondere im subversiven Kampf; BStU, ZA, JHS 348/80; Oberstleutnant Gerhard Poßekel: »Gesamtdeutsches Institut – Bundesanstalt für gesamtdeutsche Aufgaben«. Die Rolle und Bedeutung der dem BMB nachgeordneten oberen Bundesbehörde bei der Konzipierung und Durchsetzung der sogenannten Deutschlandpolitik der Bundesregierung gegenüber der DDR; BStU, ZA, JHS 1439/83; Hauptmann Siegfried Schulze: Die Methodik der politisch-

Arbeitsergebnisse der IM wurden zusätzlich in IM-Aktenvorgängen abgelegt. Darüber hinaus wurden viele Forscher in personenbezogenen Operativ-Vorgängen (OV) oder Operativen Personenkontrollen (OPK) ausgeforscht und bekämpft.

Über die Berliner Dependence des Gesamtdeutschen Institutes ist eine Art Objektvorgang überliefert, der von der für »offensive Abwehr« zuständigen Hauptabteilung XX/5 angelegt wurde.³¹ Die 550 Seiten umfassende Akte enthält zahlreiche Schriftstücke und Berichte über institutsinterne Vorgänge, von Verfügungen über die Arbeitszeit über Mitteilungen zu geplanten Reisen und Vorträgen von Mitarbeitern bis hin zu Einladungen zur Weihnachtsfeier und zum Betriebsausflug. Ein Dutzend IM, davon viele aus dem Kreis der Honorarreferenten, lieferte dem MfS detaillierte Schilderungen von Veranstaltungen, Sitzungen und Gesprächen. Auch eine vierzehnteilige Aufstellung über Personen aus Ost und West, die sich hilfeschend an das Institut gewandt hatten, eine Liste mit Namen und Anschriften von Flüchtlingen, die einen »Schleusungskostenzuschuß« beantragt hatten, sowie »Auskunftsberichte« zu 43 Mitarbeitern finden sich in dem Konvolut. Maßnahmenpläne und Bearbeitungskonzeptionen sind nicht überliefert, wohl aber eine Liste mit älteren Operativ-Vorgängen anderer Dienststellen zu neun führenden Mitarbeitern des Institutes.³²

Bereits fünf Monate nach Gründung des Institutes konnte die Abteilung »durch den qualifizierten Einsatz und eine gute zentrale Steuerung vorhandener inoffizieller Mitarbeiter wertvolle Originaldokumente und Informationen« über die BfgA vorlegen. In einer umfangreichen Dokumentation vom Januar 1970 hatte man nicht nur die wichtigsten internen Verwaltungsschriftstücke (von der Geschäftsordnung und der Registraturanweisung über die Weisung zur Geheimhaltungspflicht bis hin zum Aktenplan), sondern auch 27 »Auskunftsberichte« über einzelne Mitarbeiter zusammengestellt.³³ Zur »Bearbeitung« des Institutes gehörte auch die Überwachung der wichtigsten Telefonanschlüsse, die vom MfS per »Zielkontrollauftrag« automatisch abgehört wurden. Einzelne Mitarbeiter wie der Leiter des Referates IV/4 (Pressespiegel/Archiv), Günter Buch, wurden zudem vom MfS

mit sogenannten »Zersetzungsmaßnahmen« überzogen. So fälschte das MfS eine Hausmitteilung des Axel-Springer-Verlages, in der verbreitet wurde, der Verlag erhalte immer wieder Interna aus dem Institut durch einen »gutplatzierten Informanten«, nämlich Günter Buch. »In Absprache mit der »Welt«-Chefredaktion«, so hieß es weiter, »bot der Redakteur Ingo Urban daraufhin dem Buch für den Fall, daß dieser aufgrund seines kooperativen Verhaltens gezwungen würde, beim »Gesamtdeutschen Institut« bei der Welt an«³⁴. Buch sollte damit als »Springer-Mann« diskreditiert werden.

Ein Beispiel für die personenbezogene Ausforschung von Wissenschaftlern ist die von der für Wirtschaftsfragen zuständige Abteilung XVIII in Potsdam geführte OPK »Betty« gegen die Berliner Wirtschaftswissenschaftlerin Maria Haendcke-Hoppe-Arndt. Ziel der fünfjährigen Überwachung war die »Erarbeitung des Verdachtes der Begehung von Verbrechen gemäß §§ 97 [Spionage] und 99 [Landesverräterische Nachrichtenübermittlung]« des Strafgesetzbuches der DDR sowie das »Erkennen von Kontaktpersonen mit feindlich-negativer Einstellung, die durch die H. für ihre Verbrechen genutzt werden beziehungsweise tateinheitlich mit ihr zusammenwirken sowie das vorbeugende Verhindern beziehungsweise Einschränken ihres Wirksamwerdens«.³⁵ Zu diesem Zweck wurden alle ihre Einreisen in die DDR zurückverfolgt und analysiert; Brief- und Paketsendungen unter ihrem Namen standen in »Zielfahndung«; eine Handschriftenprobe wurde in der

operativen Aufklärung und Bearbeitung der imperialistischen DDR-Forschungsorgane durch das MfS unter besonderer Berücksichtigung der Rolle des Institutes für Politische Wissenschaften an der sogenannten »Freien Universität« in Westberlin, Potsdam 1971; BStU, ZA, JHS MF VVS 160-155/71.

31 BStU, ZA, HA XX 138. Der eigentliche Objektvorgang zum Gesamtdeutschen Institut hatte die Registriernummer XV/2392/60 und ist nicht überliefert.

32 6.1. Vorhandene Operativ-Vorgänge; BStU, ZA, HA XX 138, Bl. 361.

33 Gesamtdeutsches Institut – Bundesanstalt für gesamtdeutsche Aufgaben (BfgA); BStU, ZA, ZMA XX 827, Bl. 1. Die Dokumentation umfaßt insgesamt 229 Seiten.

34 Vgl. Gunter Holzweißig, Das Gesamtdeutsche Institut als Feindobjekt des MfS (Vortragsmanuskript vom 25. 2. 1998), Folie 13.

35 BV Potsdam, Abt. XVIII: Übersichtsbogen zur operativen Personenkontrolle vom 11. 1. 1982; BStU, ASt Pdm, AOPK 1390/87, Bl. 3.

Schriftenkartei der Staatssicherheit geprüft; Experten-IM unterzogen ihre wissenschaftlichen Publikationen einer umfangreichen Begutachtung. Bei Aufenthalt in der DDR erfolgte die Observation, einschließlich Fotodokumentation und Abhören des Telefons, Gastgeber und Gesprächspartner wurden überprüft und nach Möglichkeit in die Überwachung miteinbezogen. Die »Erarbeitung eines aktuellen Persönlichkeitsbildes« war ebenso Bestandteil des »Maßnahmeplans« wie die »Verstärkung der IM-Basis«, die »Einleitung von Ermittlungen im Operationsgebiet« sowie die Überprüfung in den diversen Speichern des MfS. Gleichwohl war der Wissenschaftler auch nach fünfjähriger Bearbeitung keine der ihr zur Last gelegten »Verbrechen« nachzuweisen. Das MfS mußte vielmehr einräumen, daß die Wissenschaftlerin »mit ihrer engagierten Tätigkeit« in der Forschungsstelle »aktiv auf Seiten des Gegners in die aktuellen Klassenauseinandersetzungen ein(greift), ohne mit ihrer Tätigkeit gültige Strafrechtsnormen der DDR zu verletzen«³⁶. Zielrichtung der nachrichtendienstlichen Bearbeitung konnte auch die Anwerbung als Inoffizieller Mitarbeiter sein. Ein Beispiel dafür ist das in der Aufklärungsabteilung von Gera überlieferte Material über einen wissenschaftlichen Mitarbeiter des BIOst, den ein Sprachwissenschaftler aus Jena 1986 bei einem Weiterbildungsseminar für Mazedonisch kennengelernt hatte.³⁷ In Abstimmung mit der HVA wurde das Material unter dem Decknamen »Blei« ab 1987 im Jahresplan der Abteilung geführt und »abgerechnet«, mit der Perspektive: »Entwicklung eines stabilen Abschöpfkontaktes«.³⁸ Der DDR-Wissenschaftler, der für das MfS als IM tätig war, bekam den Auftrag, den Kontakt zu dem Kölner Slawisten systematisch zu »festigen«. Vor jedem Wiedersehen erhielt er detaillierte Instruktionen, wie er sich diesem gegenüber verhalten sollte. Regelmäßig fertigte der zuständige Offizier »Konzeptionen zur Kontaktfestigung« an, die sein Abteilungsleiter zusätzlich präziserte.³⁹ Auf dieser Basis wurden »Reisepläne« mit »operativen Aufträgen« an den DDR-IM formuliert, deren Umsetzung wiederum in Form von »Reiseauswertungen« und ausführlichen Berichten geprüft wurde. Nach drei Jahren resümierte die Abteilung: »Die KP »Blei« wurde durch aktive Maßnahmen mit dem DDR-

IM »Berger« zu einer perspektivischen Abschöpfquelle (. . .) entwickelt.«⁴⁰

Eine dritte Stoßrichtung bei der Ausforschung der Wissenschaftler war es, die Erkenntnisse für unsichtbare Einflußnahmen durch sogenannte aktive Maßnahmen zu nutzen. Diese waren den MfS-Richtlinien zufolge darauf angelegt, mit Hilfe »operativer Kräfte, Mittel und Methoden den Feind bzw. einzelne feindliche Kräfte und Institutionen zu entlarven, zu kompromittieren bzw. zu desorganisieren und zu zersetzen; progressive Ideen und Gedanken zu verbreiten und fortschrittliche Gruppen und Strömungen im Operationsgebiet zu fördern; die Entwicklung von Führungspersönlichkeiten und solchen Personen zu beeinflussen, die bei der Bestimmung der öffentlichen Meinung eine besondere Rolle spielen.«⁴¹ Das MfS interessierte sich in diesem Zusammenhang vor allem für die politische Einstellung der Forscher, für ihre Bedeutung in der Wissenschaftsdisziplin, für ihre Forschungsgegenstände sowie für ihre arbeitsrechtliche Stellung. Zudem suchte man nach Anhaltspunkten für die Verletzung von Straftatbestimmungen wie Unterschlagung, Betrug, Untreue oder Rechtsbeugung, um diese gegebenenfalls als Druckmittel einzusetzen. Der MfS-Untersuchung von 1974 zufolge sollten Anfang der siebziger Jahre über die jeweilige Person unter anderem die folgenden Informationen in Erfahrung gebracht werden: »Ist sie ein aktiver und überzeugter Vertreter der gegenwärtigen Regierungspolitik? (. . .) Hat sie sich der sogenannten neuen Ostpolitik angepaßt? Gehört sie

36 BV Potsdam, Abt. XVIII: Vorschlag zur Einstellung der OPK »Betty«, Reg.-Nr. IV/111/82 vom 27. 5. 1987; BStU, ASt Pdm, AOPK 1390/87, Bl. 19-22, hier: 21 f.

37 BStU, ASt Gera, BV Gera, Abt. XV 0013/1 und 0013/2 sowie ZMA 062.

38 BVfS Gera, Abt. XV: Sachstandsbericht zur KP »Blei«, Reg.-Nr. XV/2376/86, vom 21. 11. 1988; BStU, ASt Gera, BV Gera, Abt. XV 0013/1, Bl. 76-78, hier: 77.

39 BVfS Gera, Abt. XV: Konzeption zur Kontaktfestigung »Blei« vom 3. 3. 1989; BStU, ASt Gera, BV Gera, Abt. XV 0013/1, Bl. 62-65, hier: 64.

40 BVfS Gera, Abt. XV: Rapport aus Anlaß des 40. Jahrestages der Gründung der DDR vom 13. 9. 1989; BStU, ASt Gera, BV Gera, Abt. XV ZMA 0142/3/4, Bl. 7-12, hier: 9.

41 Richtlinie 2/79 für die »Arbeit mit Inoffiziellen Mitarbeitern im Operationsgebiet« vom 8. 12. 1979; vollständig dokumentiert in Helmut Müller-Enbergs (Hrsg.), Die Inoffiziellen Mitarbeiter II. Anleitungen für die Arbeit mit Agenten, Kundschaftern und Spionen in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1998, S. 471-513, hier: 476.

zu den Vertretern der alten Linie in der ›Ost- und DDR-Forschung‹, insbesondere der Linie der früheren CDU-Regierungen? (. . .) Handelt es sich um eine in der Wissenschaft angesehene und profilierte Person? Ist es eine an Lebensjahren alte Person, deren Einfluß durch natürliche Faktoren in der nächsten Zeit von selbst abnimmt oder verschwindet? Gehört sie zu den perspektivvollen Nachwuchskräften, so daß zu erwarten ist, daß sie in kürzester Zeit für die ›Ost- und DDR-Forschung‹ mit profilbestimmend ist?«⁴²

Schon in der Analyse von 1972 war man zu dem Schluß gekommen, daß die Zentren der »politisch-ideologischen Diversion« mit »allen den Organen der Staatssicherheit zur Verfügung stehenden Mitteln und Methoden, vom Eindringen in ihre Konspiration bis zur Desinformation, Zersetzung und Zerschlagung, offensiv zu bekämpfen« seien.⁴³ Wenig später bat Wolf die Hochschule des MfS, in Zusammenarbeit mit der für »aktive Maßnahmen« zuständigen Abteilung X der HVA eine politisch-operative Analyse und Wertung der Forschung vorzunehmen und »qualifizierte Materialien für die Durchführung politisch-aktiver Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung in der BRD auszuarbeiten«.⁴⁴ Der 1974 fertiggestellte Arbeit zufolge war es das Ziel, die internen Auseinandersetzungen in der Forschung zu forcieren, eine »permanente Situation der Selbstbeschäftigung« zu erzeugen und auf ihren »friedensgefährdenden Charakter« aufmerksam zu machen. Die Autoren sahen die Chance, mit den Maßnahmen des MfS »die rechten Kräfte weiter zurückzudrängen und die realistisch denkenden Elemente zu unterstützen« sowie »die Wirkung des Antikommunismus und Antisowjetismus allmählich abzubauen und den Gedanken der friedlichen Koexistenz zu fördern« und dadurch »störend, zersetzend und desorientierend« auf die Forschung einzuwirken. Die von ihnen erarbeiteten Materialien seien deshalb so angelegt, »die gegen die Entspannungspolitik gerichteten Aktivitäten und Machenschaften zu entlarven, Unruhe und Unsicherheit in und zwischen ihnen zu schaffen sowie unter den beteiligten Institutionen und Personen Widersprüche und Mißtrauen zu erzeugen«.⁴⁵

Einen großen Raum nahmen in der Untersuchung rechtliche Argumente und Sanktions-

möglichkeiten ein, die »effektivitätshemmende Grundsatzdiskussionen auslösen«, »verwaltungsrechtliche Entscheidungen herbeiführen« oder die Befugnisse konservativer Forscher einschränken könnten. Als Beispiel wird das Ziel genannt, einen mißliebigen Verein durch den Bundesinnenminister verbieten zu lassen; da dies im Einzelfall schwer zu bewerkstelligen wäre, müsse man zunächst die politischen und rechtlichen »Voraussetzungen« eines Vereinsverbotes »erarbeiten« und daran gehen, »diesen Verein durch politisch-aktive Maßnahmen mit politischen, publizistischen, diplomatischen und anderen Mitteln anzugreifen« – mit dem Ergebnis, daß zunächst vielleicht nur die Mittel gekürzt würden. Tatsächlich rechnete es sich das MfS zu diesem Zeitpunkt an, durch »offensive Maßnahmen« im Rahmen des Zentralen Operativ-Vorgangs »Bauernfeind« die Auflösung des SED-kritischen Bauernverbandes Berlin e. V. (BVB) bewirkt zu haben. Durch die Arbeit des MfS, vor allem auf Basis der Berichte des eingeschleusten IM »Thaer«, seien die politischen Führungsgremien in Westdeutschland und West-Berlin gezwungen gewesen, »unter Berücksichtigung der neu entstandenen politischen Bedingungen den ›BVB e. V.‹ aufzulösen«⁴⁶.

Einen zweiten Ansatzpunkt sah das MfS darin, mißliebige Wissenschaftler durch politische Einflußnahme »von oben« auszuschalten. Die Arbeit nennt ein knappes Dutzend Forscher mit Namen, die beim MfS auf besondere Ablehnung stießen, darunter den Kölner Ostrechtler Boris Meissner, den Berliner Politologen Richard Löwenthal und den damaligen Direktor des IGW, Hans Lades, der als »treuer Gefolgsmann« der CSU charakterisiert wird.⁴⁷ Die seinerzeit regierende sozialliberale Koalition sollte nach Meinung der Autoren »noch konsequenter« jenen Institutionen und Personen die Unterstützung versagen, die ihre Forschung im Wider-

42 Dietrich / Wagner (Anm. 18), 2. Hauptteil, Bl. 61 f.

43 Eck / Tregubenkow (Anm. 10), S. 84.

44 Dietrich / Wagner (Anm. 18), 1. Hauptteil, Bl. 9.

45 Ebd., 2. Hauptteil, Bl. 8.

46 BV Potsdam, Abt. XVIII: Abschlußbericht zum ZOV »Bauernfeind« – Reg.-Nr. 1219/65 vom 28. 1. 1974; BStU, ASt Pdm 1650/66, Bd. 1, Bl. 188–213, hier: 209 f.

47 Dietrich / Wagner (Anm. 18), 2. Hauptteil, Bl. 75. Weiterhin werden genannt Heinz Gehrman, Walter Hildebrandt, Eckart Förtsch, Hermann Groß, Jens Hacker und Alexander Uschakow.

spruch zu den ostpolitischen Zielen der Regierung betrieben. Auf der anderen Seite sollten jene Kräfte gefördert werden, »die sich darum bemühen, der Ost- und DDR-Forschung eine friedensförderndes Gesicht zu geben«. ⁴⁸ Insbesondere das Bundesministerium für Finanzen sollte darauf achten, daß »Gegner der Ostpolitik der SPD/FDP-Regierung und der Verträge nicht gefördert werden«. Als Hebel dazu böten sich besonders die sterilen Begründungen der einzelnen Bundesorgane für die Unterstützung einschlägiger Forschungseinrichtungen in den Bundeshaushaltsplänen an. ⁴⁹ So sei die Förderung des Collegium Carolinum in Erlangen »politisch fragwürdig«, so daß es »endlich angebracht (wäre), daß die SPD/FDP-Regierung auch hier energische Maßnahmen ergreift, um der Verschwendung staatlicher Mittel in unproduktive Bereiche der Ost- und DDR-Forschung ein Ende zu setzen«. ⁵⁰

Auf der Grundlage ihrer Analysen selektierte die Stasi Mitte der siebziger Jahre eine Reihe von Institutionen, »auf die die operativen Kräfte, Mittel und Methoden zu konzentrieren« seien. Dazu zählten das Forschungsinstitut der Stiftung Wissenschaft und Politik in Ebenhausen, das IGW, das BIOst, das DIW und die BfG. In jeder dieser Einrichtungen benannte die Stasi »junge perspektivvolle Kader« mit Namen, die voraussichtlich »Spitzenpositionen« in der DDR- und Osteuropaforschung gewinnen würden. Diese »operativ relevanten« Sachverhalte, Institutionen und Personen sollten den Ausgangspunkt bilden »für die Erarbeitung von operativen Dokumenten für aktive Maßnahmen des MfS«. ⁵¹

Unterlagen, die die Durchführung derartiger Maßnahmen im einzelnen belegen, wurden bislang nicht aufgefunden. Vorgänge aus anderen Dienststeinheiten, beispielsweise gegen die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte oder den Verein Hilferufe von drüben, zeigen aber, wie der Staatssicherheitsdienst Kritiker der SED zu desavouieren und »zersetzen« suchte. ⁵² Es ist deshalb anzunehmen, daß das MfS auch die Konflikte in der DDR- und Osteuropaforschung, vor allem in der Zeit der sozialliberalen Koalition, durch »aktive Maßnahmen« zu schüren und dabei die konservativen Forscher zurückzudrängen suchte. Ansatzpunkte dazu boten unter anderem die Auseinandersetzungen

um die Beauftragung des Berliner Politologen Peter Christian Ludz mit der regelmäßigen Erstellung der »Materialien zur Lage der Nation« (1971), die Evaluierung der DDR- und Osteuropaforschung durch die sozialliberale Bundesregierung und die Auflösung des Forschungsbeirates für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands (1974), die Bildung eines »Arbeitskreises für vergleichende Deutschlandforschung« beim Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen unter Leitung von Ludz (1975), die Diskussionen über das unter der wissenschaftlichen Leitung von Ludz herausgegebene »DDR-Handbuch« (1975), die Auseinandersetzungen um die Gründung der Gesellschaft für Deutschlandforschung (1977/78) oder der Streik einiger Honorarreferenten des Gesamtdeutschen Institutes in Berlin (1981), dem ein lange schwelender Konflikt um die Linkslastigkeit des Berliner Besucherdienstes vorausging.

Fest steht, daß der seinerzeitige Paradigmenwechsel in der Forschung vom MfS positiv bewertet wurde. Die Spezialisten der HVA-Abteilung X und der Juristischen Hochschule lobten insbesondere Peter Christian Ludz, der »die Gefahr des erneuten Mißbrauchs der Ost- und DDR-Forschung für politische Propaganda zu ahnen« scheine. Die unter seiner Leitung ausgearbeiteten »Materialien zur Lage der Nation« trügen dazu bei, »das verschobene Bild in der Bundesrepublik Deutschland über den anderen deutschen Staat allmählich realistischer darzustellen«. Der bei der Ausarbeitung beschrittene Weg unterscheide sich von den »erstarrten und unfruchtbaren« Formen der Ost- und DDR-Forschung, die in den vorangegangenen Jahren unter den CDU/CSU-Regierungen Fuß gefaßt hätten. Das mit der Ausarbeitung verbundene »Risiko« ordne sich dabei ein in die Absicht der Regierung, mehr Demokratie zu

48 Ebd., Bl. 129.

49 Ebd., Bl. 137.

50 Ebd., Bl. 124f.

51 Dietrich / Wagner (Anm. 18), 1. Hauptteil, Bl. 217-223.

52 Jürgen Wüst: »Imperialistisches Menschenrechtsgeschrei«. Der Kampf des MfS gegen die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) und Amnesty International (AI)«, DA 3/1998, S. 418-427; ders., Menschenrechtsarbeit im Zwielicht. Zwischen Staatssicherheit und Antifaschismus, Bonn 1999; Claus P. Clausen / Helmut Kamphausen / Gerhard Löwenthal, Feindzentrale »Hilferufe von drüben«, Lippstadt 1993.

wagen. »Dieses Wagnis zu mehr Demokratie, angewandt auf die Politikberatung durch die Ost- und DDR-Forschung, wurde mit dem Ludz-Team auf eine Art und Weise demonstriert, die einen Mißbrauch der Demokratie und des Vertrauens weitgehend ausschloß.«⁵³

Daüber hinausgehende Hinweise zur Rolle von Peter Christian Ludz – dem wichtigsten Protagonisten der »systemimmanenten« DDR-Forschung – finden sich nicht in den überlieferten Unterlagen; bei der Selbstauflösung der HVA wurden sie aller Wahrscheinlichkeit nach vernichtet. Unter seinem Namen ist lediglich der erwähnte Gruppenvorgang »Unkraut« registriert, in dem Ludz aber nur am Rande auftaucht. 1960 leitete das MfS in diesem Zusammenhang Ermittlungen gegen ihn ein, und auf einem damals erteilten Auftrag an die Observationsabteilung des MfS findet sich der maschinschriftliche Zusatz: »Vorbereitung zur Anwerbung«.⁵⁴ Über das Ergebnis dieser Bemühungen ist nichts bekannt. Ab 1970 kam Ludz in den Zuständigkeitsbereich der HVA, und zwar der Arbeitsgruppe »K«, die den Einsatz von »legalen Residenturen«, also getarnten nachrichtendienstlichen Einrichtungen, vornehmlich im Wissenschaftsbereich, koordinierte.⁵⁵ Nach seinem Selbstmord im Jahr 1979 kennzeichnete das MfS seine Karteikarte mit einem schwarzen Kreuz und löschte 1987 die Erfassung.

Die offensive Ausrichtung des Vorgehens der Staatssicherheit gegenüber der westdeutschen DDR- und Osteuropa-Forschung bestand auch in den achtziger Jahren fort. In der 1985 fertiggestellten Diplomarbeit über die einschlägigen Forschungseinrichtungen in West-Berlin wird »die zwingende Notwendigkeit der konzentrierten und umfassenden politisch-operativen Bearbeitung« der Forschung bekräftigt. Für die Dienstleistungen der Aufklärung bedeute dies: »Energisches Eindringen in die feindlichen PID-Zentren zur Aufklärung feindlicher Ziele, Absichten und Konzeptionen«. Insbesondere wird eine »tiefgründige Aufklärung des politischen Differenzierungsprozesses« verlangt, um auf diese Weise »politisch-operative Ansatzpunkte sowie aktive Einflußmöglichkeiten« zu erkennen und zu nutzen.⁵⁶ Die Eindämmung der »feindlichen« Einflüsse, so betonten zwei Jahre später auch die Autoren des Diversionslehrbuches, sei Aufgabe aller operativen Dienst-

einheiten des MfS, wobei diese »bereits an den Ausgangspunkten, im Prozeß des Entstehens durch geeignete politisch-operative Maßnahmen zu verhindern oder soweit einzuschränken (sei), daß Auswirkungen begrenzt bleiben«. Die »offensive Bekämpfung« ihrer Zentren, die Aufklärung und Durchführung »offensiver Gegenmaßnahmen« erfolge in der »koordinierten objekt-, personen- und vorgangsbezogenen Arbeit« der Staatssicherheit. Die politische Differenzierung in Forschungseinrichtungen der Bundesrepublik ermögliche es dabei, »partielle Verbündete in der Herstellung einer Koalition der Vernunft und des Realismus im Kampf um die Erhaltung des Friedens zu erkennen«.⁵⁷

Das IM-Netz

Das wichtigste Instrument bei der Auskundschaftung und Bekämpfung der DDR- und Osteuropaforschung bildeten die Inoffiziellen Mitarbeiter, von denen bislang etwa ein Dutzend bekannt wurde. Den überlieferten IM-Vorgängen nach zu urteilen, war es in erster Linie ihre Aufgabe, über Personen und Einrichtungen zu berichten, das heißt, dem MfS die wissenschaftlichen Meinungen der Auszuspähenden, ihre politischen Standpunkte sowie zahlreiche Dinge aus dem Privatleben mitzuteilen.

Über den von Peter Christian Ludz geleiteten »Arbeitskreis für vergleichende Deutschlandforschung« beim Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen bezeichnete sich die HVA 1978 als »umfassend auskunftsfähig«; mit mindestens einer Quelle dürfte sie demnach dort vertreten gewesen sein. Auch zum BIOst und zum IGW verfügte sie danach über »umfassende Angaben«.⁵⁸ »Vereinzelte« inoffizielle Angaben bekam sie zu diesem Zeitpunkt unter anderem aus

53 Dietrich / Wagner (Anm. 18), 2. Hauptteil, Bl. 229.

54 Ermittlungsauftrag der HA II/4a/C an die HA VIII vom 15. 1. 1960; BStU, ZA, AOP 4220/71, Bd. 6, Bl. 107.

55 Die Erfassung durch die HVA erfolgte unter der Reg.-Nr. 4075/70 und wurde am 20. 3. 1987 gelöscht.

56 Grohmann (Anm. 20), S. 46 f.

57 Hochschule des MfS (Anm. 21), S. 236 f. und S. 87.

58 Übersicht über Zentren, Organisationen und Einrichtungen der politisch-ideologischen Diversion in der BRD und in Westberlin vom Mai 1978; BStU, ZA, ZAIG 5161, Bl. 21 ff. In der Übersicht wurde in drei Stufen angegeben, wieweit die HVA über die jeweilige Einrichtung »auskunftsfähig« war: »A« bedeutete, daß umfassende Angaben vorlagen, also im Regelfall mindestens eine Quelle aus dem Inneren des Objekt berichtete. »B« hieß, es lagen nur vereinzelte Angaben vor, und »C«, man verfügte

den Osteuropa-Instituten in München und Berlin, den Instituten für Ostrecht in München und Köln, dem DIW, der Stiftung Wissenschaft und Politik, dem Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für auswärtige Politik in Bonn, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde e. V., der Bundeszentrale für politische Bildung, dem Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung sowie der gerade gegründete Gesellschaft für Deutschlandforschung.

Im Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands war das MfS unter anderem durch den HVA-Agenten Wilhelm Gronau vertreten, der als Leiter des Referates Wiedervereinigung im Vorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) eng mit dem Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen zusammenarbeitete. Nach einer MfS-internen Publikation beschaffte er der Staatssicherheit »äußerst wertvolle Informationen und hatte wesentlichen Anteil an der Beschaffung der Grauen Pläne«, also den Ausarbeitungen des Forschungsbeirates, die die im Fall einer Wiedervereinigung zu ergreifenden Maßnahmen enthielten.⁵⁹ 1972 wurde Gronau festgenommen und ein Jahr später ausgetauscht. »Mit Akribie, Detail für Detail, Tag für Tag, Woche um Woche, Monat für Monat«, so würdigte Wolf 1989 Gronaus Tätigkeit, »durchforschte und ermittelte (er) und setzte sich auf zahllosen Sitzungen und Begegnungen genau ins Bild.«⁶⁰

Aus dem Forschungsbeirat berichtete auch der Wirtschaftswissenschaftler Ludwig Bress (IM »Berger«), der von der Kirchenabteilung des MfS geführt wurde. Ende der sechziger Jahre war Bress Assistent an der Universität Marburg und in dieser Funktion Beauftragter für die Arbeit des Forschungsbeirates geworden. Später wurde er Professor an den Universitäten Bremen und Kassel sowie Vorstandsmitglied der Gesellschaft für Deutschlandforschung und der Deutschen Gesellschaft für Zeitgeschichtliche Fragen e. V., die das IGW unterstützte.⁶¹ »Im Verlaufe der Zusammenarbeit«, so resümierte das MfS im Januar 1980 die damals bereits über zwei Jahrzehnte währende Tätigkeit »Bergers«, »berichtete der IMF über operativ bedeutsame Sachverhalte in der »DDR-Forschung« der BRD, lieferte Einschätzungen über führende Personen in der »DDR-Forschung« und übergab Fotokopien und Originaldokumente aus diesem

Bereich. Darüber hinaus informierte der IMF auch über andere bedeutsame Fragen und Personen, mit denen er in der Zwischenzeit konfrontiert wurde.«⁶² Das Ermittlungsverfahren gegen Bress wurde 1995 vom Generalbundesanwalt eingestellt.

Informationen aus dem Forschungsbeirat lieferte darüber hinaus der Berliner Agrarwissenschaftler Andreas Kurjo (IM »Thaer«, IM »Alexander«), dessen Doktorvater Konrad Merkel dem Gremium angehörte und Mitverfasser des »Berichtes zur Lage der Nation« war. Merkel hatte zudem enge Beziehungen zum Bauernverband Berlin. »Durch die Einflußnahme unseres Organs«, so heißt es in einem Vermerk, begann Kurjo im November 1971 in dem Verband zu arbeiten und diesen umfassend auszuforschen.⁶³ Nach dessen Auflösung auf Druck von MfS und SED berichtete Kurjo aus der Berliner Messesgesellschaft AMK und der Forschungsstelle für gesamtdeutsche wirtschaftliche und soziale Fragen. Gegen umfangreiche Geldzahlungen übergab er bei einem Treff oft mehr als ein Dutzend schriftlicher Informationen, so daß der Vorgang nach einem Jahrzehnt bereits sechs Aktenbände mit rund 1800 Seiten umfaßte. »Insgesamt kann eingeschätzt werden«, so vermerkte sein Führungsoffizier, »daß der IMF mit großem Eifer seit Sommer/Juni 1976 bei der Aufspürung von feindlich tätigen Personen ist und meines Erachtens es jetzt begriffen hat, daß eine umfangreiche Kleinarbeit zur Informationssammlung notwendig ist.«⁶⁴ In

lediglich über offizielle Angaben. Vgl. auch MfS: Einzelinformation über die Gutachtertätigkeit des Instituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln vom 11. 4. 1968; BStU, ZA, HVA 128, Bl. 191–202.

59 Deckname Stabil. Stationen aus dem Leben und Wirken des Kommunisten und Tschekisten Paul Laufer, Leipzig 1988, S. 86 ff. (Publikation für MfS-Angehörige).

60 Kundschafter des Friedens. Leipzig 1989, S. 297 (Publikation für MfS-Angehörige).

61 Im Zusammenhang mit den staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen wurde der IM-Vorgang zum Fall Bress einem Sperrvermerk für die Forschung unterworfen; vor der Sperrung berichtete der Berliner Tagesspiegel ausführlich: 6. 10. 1996, S. 3.

62 HA XX/4: IMF »Berger« – Reg.-Nr.: 10673/60, vom 8. 1. 1980; BStU, ZA, HA XX/4 1595, S. 1. IMF = Inoffizieller Mitarbeiter mit Feindberührung.

63 BV Potsdam, Abt. XVIII: Plan für den Treff mit IMF »Thaer« vom 14. 8. 1972; BStU, ASt Pdm, vorl. archiv. 18/75, Bd. II, Bl. 135.

64 BV Potsdam, Abt. XVIII: Treffbericht vom 11. 11. 1976; ebd., Bd. VI, Bl. 99.

den achtziger Jahren wurde Kurjo dann vom Aufklärungsapparat geführt, mit der Folge, daß über diesen Zeitraum keine Unterlagen überliefert sind. Im Mai 1992 wurde Kurjo zu einer einjährigen Haftstrafe auf Bewährung und einer Geldbuße von 4000 DM verurteilt.

Aus dem Berliner Otto-Suhr-Institut (OSI) berichtete seit Anfang der sechziger Jahre der Politikwissenschaftler Dietrich Staritz (GM »Erich«), der dort als studentische Hilfskraft und dann als wissenschaftlicher Hilfsassistent tätig war. In der von ihm selbst formulierten Verpflichtungserklärung von September 1961 schrieb er: *»Alle Kenntnisse, die ich mir im Verlaufe meiner beruflichen oder anderer Tätigkeiten aneignen kann – seien es Informationen über politische, ökonomische, personelle oder sonstige Angelegenheiten, werde ich den Mitarbeitern der Sicherheitsorgane – MfS – zur Kenntnis bringen.«*⁶⁵ Zu diesem Zweck kam Staritz etwa alle drei Wochen zum Rapport nach Ost-Berlin, wofür er mit Beträgen zwischen 200 DM und 500 DM entlohnt wurde. In der Anfangszeit ging Staritz mit seinem Führungsoffizier, Hauptmann Wilhelm Nistler, Aufbau, Personen, Forschungsschwerpunkte und politische Ansichten der Mitarbeiter systematisch durch, so daß die mehrstündigen Treffs zum Teil nicht ausreichten und man sich auf die nächste Zusammenkunft vertagen mußte. 1973 wurde der Vorgang eingestellt, weil nach Ansicht des MfS *»keine effektive und zuverlässige Zusammenarbeit mehr möglich«* sei. Im Auftrag des MfS hatte sich Staritz nämlich auch vom Bundesamt für Verfassungsschutz anwerben lassen, und das MfS befürchtete, er diene diesem möglicherweise mehr als dem MfS.⁶⁶ Wegen Verjährung wurde gegen Staritz kein Verfahren eröffnet.

Seit 1987 versorgte auch der Politikwissenschaftler Hanns-Dieter Jacobsen (IM »Hoffmann«) den Staatssicherheitsdienst mit Informationen aus dem OSI. Jacobsen berichtete dem MfS seit Ende der sechziger Jahre aus der Berliner Studentenbewegung und verpflichtete sich 1971 schriftlich zur Zusammenarbeit mit dem MfS. Später wurde er Mitarbeiter der Stiftung Wissenschaft und Politik in Ebenhausen. Jacobsen ließ der HVA insgesamt 53 Studien, 53 Aufzeichnungen, 65 Arbeitspapiere, 22 Lage-notizen, fünf Konferenzberichte, 60 eigene Publikationen sowie weitere Materialien zukom-

men, darunter Protokolle über Konferenzen des »Arbeitskreises für europäische Zusammenarbeit« und des »Politischen Clubs«. Bis 1987 registrierte die HVA über 440 Informationslieferungen aus der Quelle »Hoffmann«. Das MfS hatte ihn mit einer Nikon-Kamera ausgestattet, mit der er die Berichte ablichten, in einer Spraydose verstecken und einem Kurier übergeben konnte. Die letzte Materialübergabe erfolgte kurz vor Weihnachten 1989. Im Gegenzug erhielt Jacobsen insgesamt 82 000 DM und mehrere Orden vom MfS. 1992 wurde Jacobsen für kurze Zeit festgenommen und 1995 zu zehn Monaten Haft auf Bewährung verurteilt.

Im Arbeitsbereich DDR-Forschung und Archiv des Zentralinstitutes für Sozialwissenschaftliche Forschung (ZI 6) führte das MfS seit Ende der siebziger Jahre den wissenschaftlichen Mitarbeiter Walter Völkel (IM »Walter Rosenow«). Da dieser von der »Abwehr« geführt wurde, ist über seine Tätigkeit ein umfangreicher Aktenvorgang überliefert. Danach berichtete Völkel nicht nur aus dem Inneren des Instituts, sondern auch über das Gesamtdeutsche Institut, über die jährlichen DDR-Forschertagungen, das Berliner Komitee zur Freilassung Rudolf Bahros u. v. a. m. Der IM beteiligte sich auch an Maßnahmen zur »Zersetzung« von SED-Kritikern im Westen.⁶⁷

Zur Informationsbeschaffung aus dem Gesamtdeutschen Institut wurde unter anderem der Wehner-Vertraute Armin Hindrichs (IM »Talar«) eingesetzt.⁶⁸ Hindrichs war 1960 im Auftrag des MfS in die Bundesrepublik übersiedelt, nachdem er sich zuvor nach längerer Haft

65 Verpflichtungserklärung von Dietrich Staritz; BStU, ZA, AIM 10998/66, Teil I, Bd. 1, Bl. 104.

66 Auftrag vom 29. 10. 1971 für die Realisierung nachfolgender Perspektivmaßnahmen zum Abbruch der Verbindung mit dem IM »Erich« der Hauptabteilung XX/5 und Einleitung eines Operativ-Vorganges zur Bearbeitung des IM »Erich« und seiner politisch-operativ relevanten Verbindungen in der DDR; ebd., Teil I, Bd. 2, Bl. 217.

67 Vgl. »Stasi-Spitzel an der FU entlassen«, die tageszeitung vom 21. 8. 1992; »Erster Stasi-Spitzel an der Freien Universität enttarnt«, Berliner Zeitung vom 21. 8. 1992; »Deckname »Walter Rosenow««, FU-Info 8–9/92, S. 4. Die beim BStU überlieferte Teilablage des IM-Vorgangs (13 Bände) hat die Signatur: BStU, ZA, A 529/79.

68 Der IM-Vorgang, Reg.-Nr. XII 1502/60, ging laut Vorgangsheft des letzten Führungsoffiziers, Herbert Schulze, am 4. 8. 1978 an die HVA, so daß nur noch eine Teilablage überliefert ist: BStU, ZA, MfS AIM 7444/68 sowie Vorgangsheft Nr. 82, BStU, ZA, MfS AS 300/84.

in Bautzen zur Zusammenarbeit mit dem Staatssicherheitsdienst verpflichtet hatte. 1972 wurde er Angestellter der Bundestagsfraktion der SPD. Seitdem berichtete er bei Treffs im In- und Ausland und über einen zwischengeschalteten Residenten aus der Fraktion sowie speziell aus seinem Arbeitsbereich Deutschlandpolitik, einem Arbeitsstab des Fraktionsvorsitzenden Herbert Wehner. Seiner Bedeutung gemäß wurde er 1978 von der HVA übernommen, so daß über seine weitere Tätigkeit keine Unterlagen überliefert sind. 1996 wurde er zu drei Jahren Gefängnis verurteilt.

Ein zweiter Informant in der BfGA war der Redakteur der Zeitschrift »Recht in Ost und West«, Götz Schlicht (IM »Dr.« oder »Dr. Lutter«). Dieser war ebenfalls bereits in den fünfziger Jahren vom Staatssicherheitsdienst angeworben und in diverse »Feindobjekte« eingeschleust worden. Die überlieferten Unterlagen zeigen, daß beide IM vom MfS regelmäßig »Aufträge« erhielten, die von der Ermittlung von Vornamen einzelner Mitarbeiter über die Beschaffung von Briefköpfen bis hin zu detaillierten Fragen nach dem Dienstbetrieb reichten. Schlicht berichtete auch über die Pläne zur Gründung der Gesellschaft für Deutschlandforschung und bat das MfS in diesem Zusammenhang um Anweisungen. So teilte er seiner Führungsstelle mit: »Eine etwaige Mitarbeit ist im Interesse anderer Unternehmungen nicht ungefährlich, weil die Abhängigkeit [des IM] vom BMB nicht zu übersehen ist und dieser [der BMB] diese Gesellschaftsgründung gar nicht gern sieht, die Gründe sind hinlänglich bekannt.«⁶⁹

Im IGW war das MfS seit 1986 unter anderem mit dem Diplom-Politologen Rudolf Horst Brocke (IM »Thomas Müntzer«) verankert.⁷⁰ Dieser war während seines Studiums an der Universität Kassel von der für »aktive Maßnahmen« zuständigen HVA-Abteilung X als »Perspektiv-IM« angeworben worden und berichtete dem MfS auch schon während seiner Assistententätigkeit bei dem Marburger Politologen Wilfried von Bredow. 1985 erstellte Brocke eine umfangreiche Dokumentation zu den deutschlandpolitischen Positionen der im Bundestag vertretenen Parteien, die ihm dazu bereitwillig ihre Ausarbeitungen überließen und für weitergehende Gespräche zur Verfügung stan-

den.⁷¹ Seine Analysen, so berichtete 1996 der zuständige Richter am Oberlandesgericht Düsseldorf, Klaus Wagner, hätten bei der HVA große Wertschätzung gefunden und seien bis ins Politbüro gelangt, so daß er bei der Auflösung des MfS vom KGB übernommen werden sollte.⁷²

Am Institut für Außenhandel und Überseewirtschaft der Universität Hamburg unterhielt das MfS eine »operative Verbindung« zum persönlichen Mitarbeiter des Institutsleiters, der 1986 als Abschöpfvorgang »Klaus Franz« und später als IM registriert wurde. Den überlieferten Informationsbegleitbögen zufolge reichte das Spektrum der übergebenen Unterlagen von Informationen über die Analyse Hamburger Ostforschungsinstitute zur Wirtschaftsentwicklung in der DDR über diverse wissenschaftliche Aufsätze, Vorträge, Tagungsberichte und Veröffentlichungen bis hin zu einer namentlichen Aufstellung der Mitarbeiter des Bundesamtes für Zivilschutz, die als »vertraulich – nur für Dienstgebrauch ausgezeichnet« war.⁷³ Im Jahresarbeitsbericht der Aufklärungsabteilung in Gera für 1988 heißt es, daß die HVA mit Hilfe des IM über »Aufgabenstellungen, Planungen und Angriffsrichtungen des Instituts« informiert werden konnte.⁷⁴

Unter dem Decknamen »Falke« führte die Abteilung XV der Berliner Bezirksverwaltung seit 1981 einen Berliner Politikwissenschaftler, der mehrfach Gastprofessuren in Nordamerika innehatte und Mitte der achtziger Jahre in einer

69 Schriftlicher Bericht des IM »Dr. Lutter« an das MfS vom 16. 12. 1977. Zitiert nach S. Mampel, Ideologienpolizei (Anm. 1), S. 102.

70 Der Generalbundesanwalt: Anklageschrift gegen Markus Wolf, Karlsruhe 1992 (Eigendruck), S. 205 ff.

71 Rudolf Horst Brocke, Die deutschlandpolitischen Positionen der Bundestagsparteien (CDU, CSU, F.D.P., SPD, Die Grünen) 1984/85. Eine synoptische Überblicksdarstellung (vorläufige Fassung), Marburg 1985 (Ms.).

72 Klaus Wagner, Die Sitzung ist eröffnet. Spione vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf – Ein Richter erinnert sich, Düsseldorf 1996 (Ms.), S. 83 f.

73 Informationsbegleitbögen zu »Klaus Franz«; BStU, ASt Gera, ZMA Abt. XV 0045/1. Reisepläne, operative Aufträge und Reiseberichte zu »Klaus Franz«; BStU, ASt Gera, ZMA Abt. XV 0045. Die ausführlichen Informationen der als »überprüft« und »zuverlässig« charakterisierten »Quelle« sind teilweise überliefert; vgl. BStU, ASt Gera, ZMA Abt. XV 0370.

74 BVfS Gera, Abt. XV: Jahresarbeitsbericht der Abteilung XV/BV Gera; BStU, ASt Gera, BV Gera, Abt. XV 0142, Bl. 179–205, hier: 182.

deutschlandpolitischen Beratungsgruppe der Bundestagsfraktion der Grünen mitarbeitete.⁷⁵ Unterlagen der HVA zufolge lieferte er bis 1987 84 Berichte, die unter anderem die jährlichen DDR-Forschertagungen in Bonn und Conway (USA) zum Gegenstand hatten. 1984 informierte er beispielsweise über »Pläne, Absichten und Aktivitäten des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen zur Schaffung eines ständigen Beratergremiums für Fragen der DDR-Forschung« sowie über »Pläne, Absichten und Aktivitäten der Bundestagsfraktion der Grünen zur Erarbeitung einer deutschlandpolitischen Konzeption«, einschließlich »Inhalt und Schlußfolgerungen einer Beratung am 21. 10. 1984 in Westberlin«.

Aus dem Umfeld der Forschung ist eine Reihe weiterer IM bekannt geworden, die ebenfalls über die das MfS interessierenden Personen und Einrichtungen berichteten, insbesondere in Berlin. Zu ihnen gehörten der Studienleiter an der Evangelischen Akademie Berlin (West), Peter Heilmann (IM »Adrian Pepperkorn«)⁷⁶, der SPD-Fraktionsvorsitzende in der Bezirksverordnetenversammlung von Berlin-Kreuzberg, Rainer Klebba (IM »Kleinert«)⁷⁷, der Berliner SPD-Landtagsabgeordnete Bodo Thomas (IM »Hans«)⁷⁸, der Berliner Landesgeschäftsführer der »Vereinigung der Opfer des Stalinismus« (VOS), Kurt Thiele (IM »Nielsen«)⁷⁹, der Berliner CDU-Bezirkspolitiker Günter Schmidt (IM »Zady«)⁸⁰ sowie der Berliner Rechtsanwalt Hans-Christoph Buchholtz (IM »Christoph« und IM »Ulli«).⁸¹

Als wichtiger Einflußagent wirkte nicht zuletzt der FDP-Politiker William Borm, der Ende der fünfziger Jahre in einem DDR-Gefängnis von der HVA angeworben und spätestens ab 1969 von Wolf praktisch selbst geführt wurde.⁸² Im Austausch für seine Berichte erhielt Borm von der Abteilung X der HVA Manuskripte für seine Reden und seinen »Pressedienst« zur Verfügung gestellt. Wolf soll den Entwurf der Ansprache, die Borm im Oktober 1969 als Alterspräsident zur Eröffnung des neugewählten Bundestages hielt, persönlich redigiert haben – ein Plädoyer für den Weg der »Annäherung« gegenüber dem sowjetischen Block und für eine Politik der schrittweisen »Entkrampfung« des Verhältnisses zur DDR.⁸³ In der Bundestagsfraktion der FDP war Borm verantwortlich für

den Fachausschuß I, der für Außen-, Deutschland-, Europa- und Sicherheitspolitik zuständig war. 1974 verfaßte Borm ein umfangreiches Evaluierungsgutachten zur DDR-Forschung, für das er von den betroffenen Instituten umfangreiche Zuarbeiten erhielt. Darin stellte er eine unbefriedigende Forschungssituation fest, die nicht der »politischen Notwendigkeit« entspreche.⁸⁴ 1975 publizierte er in dieser Zeitschrift die von der FDP verabschiedeten »Perspektiven liberaler Deutschlandpolitik«, in denen es hieß, Voraussetzung für ein gesamteuropäisches Friedenssystem sei es, »daß beide Seiten Lehren aus der Fruchtlosigkeit des Kalten Krieges ziehen und sich auf Regeln für den Systemwettbewerb verständigen, die den Bestand des jeweils anderen Systems nicht gefährden«.⁸⁵ Ein Jahr später bezeichnete er in einem anderen Aufsatz die frühere systemvergleichende Deutschlandforschung als »Relikt aus vergangener Zeit«, die sich an die geänderten Umstände anpassen müßte. Der »Ballast falscher Voraussetzungen« müsse ausgeräumt werden, damit die DDR-Forschung »auch wirklich fruchtbar« werde. Vorschläge dazu lägen dem zuständigen Ministerium seit Jahren vor

75 IM »Falke«, Reg.-Nr. 6563/81, vorgangsführende MfS-Mitarbeiter: Helmut Wolff und Hans-Joachim Mertink, BVfS Berlin, Abteilung XV.

76 IM-Vorgang »Adrian Pepperkorn« (18bändige Teilablage); BStU, ZA, A 589/85.

77 IM-Vorgang »Kleinert«; BStU, ZA, AIM 16046/89 sowie Teilablage A 148/81. Vgl. Berliner Zeitung vom 4. 6. 1993.

78 Vgl. »Stasi-Verdacht: SPD-Mann erhängte sich am Fenster«, Berliner Morgenpost vom 11. 5. 1995; »Berliner SPD-Abgeordneter wegen Spionage angeklagt«, Süddeutsche Zeitung vom 3. 3. 1994.

79 IM-Vorgang »Nielsen«; BStU, ZA, AIM 17122/84.

80 IM-Vorgang »Zady«; BStU, ZA, MfS AIM 8799/91 und Teilablage A 272/85.

81 IM-Vorgang »Ulli«; BStU, ZA, AIM 8833/91 und Teilablage MfS A 577/79.

82 Vgl. Der Generalbundesanwalt (Anm. 70), S. 230–236; Markus Wolf: Spionagechef im geheimen Krieg. Erinnerungen, München 1997, S. 462.

83 Deutscher Bundestag, 6. WP, 1. Sitzung, 20. Oktober 1969, S. 1–4.

84 Das Gutachten konnte vom Autor trotz intensiver Bemühungen bisher nicht aufgefunden werden. Überliefert ist aber eine Zusammenfassung der HVA. Vgl. HVA, Abt. VII: Operativinformation über die Ost- und DDR-Forschung in der BRD vom 11. 4. 1975, S. 12; BStU, ZA, HA XX/AKG 1641.

85 »Perspektiven liberaler Deutschlandpolitik. Beschluß des FDP-Parteitag vom Oktober 1975«, DA 1/1976, S. 34–37, hier: 34 f.

und warteten darauf, nach der Bundestagswahl endlich umgesetzt zu werden.⁸⁶

Fazit

Die nachrichtendienstliche Bearbeitung der DDR- und Osteuropaforschung besaß im MfS einen hohen Stellenwert. Der Aufwand, mit dem die Staatssicherheit gegen die verhältnismäßig kleine Gruppe von Kommunismusforschern vorging, wirkt im nachhinein geradezu grotesk. Diese Anstrengungen beruhten auf der Annahme, daß die wissenschaftliche Analyse der sozialistischen Systeme für sich genommen bereits den Tatbestand der Spionage und der Diversion erfülle, weil die zu Tage geförderten Erkenntnisse geeignet waren, sich ein unabhängiges Urteil über die SED-Herrschaft zu bilden.

In Projektion der eigenen Methoden wurde vielen Wissenschaftlern zudem eine direkte oder indirekte Tätigkeit für einen westlichen Geheimdienst unterstellt. Die überlieferten Akten legen den Schluß nahe, daß sich das MfS bei seinen Operationen nicht auf die bloße Ausforschung der Wissenschaftler beschränkte. Zumindest die Abteilung X der HVA hat sich offensichtlich auch an direkten Einflußnahmen zur »Zersetzung« oder Entschärfung der Forschung beteiligt. Diese im einzelnen zu rekonstruieren, dürfte – wenn überhaupt – erst dann möglich sein, wenn weitere Unterlagen über die Arbeit der HVA der Forschung zugänglich gemacht werden.

86 William Borm: »DDR-Forschung ja oder nein?«, DA 9/1976, S. 923–925.

Das Medaillenkollektiv entflieht der Staatsdoktrin

Die Endzeit des Nationalen Olympischen Komitees der DDR vor zehn Jahren/Teil 1*

Willi Ph. Knecht, Berlin

Mit einer Jubiläumsfeier am Vormittag seiner Mitgliederversammlung 1999 gedachte das Nationale Olympische Komitee für Deutschland (NOK) am 6. November auf dem Bonner Petersberg seiner Gründung vor 50 Jahren. Festredner wie der Präsident des Internationalen Olympischen Komitees, Juan Antonio Samaranch, und Bundesinnenminister Otto Schily würdigten die Erneuerung der Olympischen Bewegung Deutschlands nach NS-Regime und Zweitem Weltkrieg als historisch bedeutsames Ereignis. Die Rückschau auf die mit dem 24. September 1949 beginnende Geschichtsperiode fixiert allerdings nur ein eingegrenztes Gesichtsfeld: Analog zu den Gedenkfeiern der ersten Plenarsitzung des Deutschen Bundestages und der Konstituierung des Bundesrates markieren 50 Jahre NOK für Deutschland vier Jahrzehnte Zweistaatlichkeit auch im Sport. Vom 22. April 1951 an existierte mit dem Nationalen Olympischen Komitee der DDR auf deutschem Boden eine Parallel-Organisation, fußend auf den politisch-ideologischen Prinzipien des »ersten sozialistischen Staates deutscher Nation«, als An-

hängsel des Deutschen Turn- und Sportbundes der DDR (DTSB) im Staats- und Parteiapparat fest verankert.

Obwohl im DDR-System nur in der untergeordneten Rolle einer DTSB-Abteilung, symbolisierte aus internationaler Sicht das NOK der DDR dank seiner spektakulären olympischen Erfolge das vielbeneidete »Sportwunder DDR«. Nur, wie vergleichsweise das Bundesland Nordrhein-Westfalen, auf einem Bevölkerungspotential von 17 Millionen Einwohnern basierend, errang das NOK der DDR in der Zeit seiner Selbständigkeit bei den Olympischen Spielen und Winterspielen 1968 bis 1988 trotz des Boykotts von Los Angeles 1984 insgesamt 192 Gold-, 164 Silber- und 162 Bronzemedailien und erwies sich damit als drittstärkste olympische Kraft selbst den Sportgiganten USA und UdSSR ebenbürtig.

So stand denn außerhalb der DDR weniger der DTSB als vielmehr das NOK im Blickfang, als

* Die Teile 2 und 3, die sich mit der Entwicklung ab 1990 befassen, erscheinen in DA 1/2000 bzw. 2/2000.